



## Robuste Klimaaußenpolitik im Zeitalter der Systemkonkurrenz

*Jan Fuhrmann, Franziska Petri, Katharina Scheuerer*

- › Klimaaußenpolitik ist Sicherheitspolitik und muss eine integrierte Säule einer vernetzten deutschen Außen- und Sicherheitspolitik sein.
- › Deutsche und europäische Klimaaußenpolitik sollten so gestaltet werden, dass sie prinzipiell multilateral anschlussfähig sind.
- › Deutschland und die EU müssen noch stärker als bislang Strategien erarbeiten, die auf ihren eigenen Stärken und Interessen, und damit auf ihren systemischen Wettbewerbsvorteilen, aufbauen.
- › Im internationalen Systemwettbewerb erfordert die europäische Werte- und Interessengrundlage ein hohes Maß an Robustheit und Kompatibilität.

## Inhaltsverzeichnis

Klimaaußenpolitik im Rahmen systemischer Konkurrenz .....	2
Klimaaußenpolitik strategisch gestalten .....	3
Prioritäten einer robusten Klimaaußenpolitik .....	4
Integrierte Klimaaußenpolitik: Eine Priorität der Zukunft .....	8
Impressum .....	10

Internationale Klimapolitik ist auch Sicherheitspolitik. Die schwerwiegenden Folgen des Klimawandels werden mittlerweile nicht nur in Entwicklungs- und Schwellenländern sichtbar. Auch in westlichen Industriegesellschaften nehmen die Frequenz und Intensität von Extremwetterereignissen im Zuge des Klimawandels zu. Am deutlichsten werden die Auswirkungen in den direkt betroffenen Gebieten sichtbar, so wie vergangenes Jahr im Ahrtal. Unweigerlich ergeben sich jedoch auch abseits dieser lokalen Räume globale sicherheitspolitische Konsequenzen: Die Folgen des Klimawandels spiegeln sich weltweit in der Vertiefung von Konflikten um knappe Ressourcen wider. Sie haben verheerende Konsequenzen auf unser Wirtschaftssystem und das Potenzial, weitere humanitäre Krisen und Migrationsströme auszulösen.

Hinzu kommen die Verflechtungen der Felder Klima(schutz), Ernährung(ssicherheit) und Energie(sicherheit). Sie sind zentrale Pfeiler der europäischen Sicherheitsarchitektur und deshalb ganzheitlich zu denken. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und dessen Implikationen auf den Import fossiler oder nicht fossiler Rohstoffe aus Russland und der Ukraine führen Deutschland und Europa das Krisenpotenzial deutlich vor Augen.

Klimaaußenpolitik ist essenziell und kein Nischenthema mehr. Sie ist in letzter Instanz eben nicht nur reine Klima- und Entwicklungspolitik, sondern sollte als integrierte Säule einer vernetzten deutschen Außen- und Sicherheitspolitik verstanden werden.

In den vergangenen Monaten sind dementsprechend Weiterentwicklungen an den institutionellen Strukturen der deutschen Außenpolitik vorgenommen worden. So wurde im März 2022 die ehemalige Greenpeace-Leiterin Jennifer Morgan zur Staatssekretärin und Sonderbeauftragten für internationale Klimapolitik ernannt. Im 20. Deutschen Bundestag hat sich im April 2022 der neugeschaffene Unterausschuss Internationale Klima- und Energiepolitik konstituiert. Er ist dem Auswärtigen Ausschuss zugeordnet. Diese institutionellen Entwicklungen unterstreichen, dass das Politikfeld Klimaaußenpolitik an Relevanz gewinnt. Dennoch lässt bislang eine klare inhaltliche und strategische Konturierung Deutschlands zur politischen Gestaltung – auch in Anbetracht der Vereinbarungen im Koalitionsvertrag – jener Klimaaußenpolitik auf sich warten. Worauf kommt es also an?

Klimaschutz, Ernährungs- und Energiesicherheit sind zentrale Pfeiler der europäischen Sicherheitsarchitektur.

## Klimaaußenpolitik im Rahmen systemischer Konkurrenz

Zunächst sollte sich die Bundesregierung nicht der Tatsache verschließen, dass Klimaaußenpolitik – wie inzwischen nahezu alle Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik – in einer Arena des internationalen Systemwettbewerbs stattfindet. Klimaaußenpolitik ist somit Geopolitik.

Für die Klimaaußenpolitik wird dies in zweierlei Hinsicht deutlich:

Erstens unterscheidet sich der systemische Umgang mit dem Klimawandel grundsätzlich. In Autokratien werden vornehmlich Top-down-Ansätze angewendet, die unter Umständen zu neuen gesellschaftlichen Verwerfungen und Konfliktkonstellationen führen.

Solche Konflikte sind Demokratien keinesfalls fremd. Gleichwohl sind sie existenziell auf Politikansätze angewiesen, die demokratisch legitimierbar sind und dadurch auch die soziale Verträglichkeit und den gesellschaftlichen Ausgleich anstreben beziehungsweise bei Verfehlungen korrekturfähig sind.

Dies setzt sich zweitens bei der Anpassung an den Klimawandel (Adaptation) sowie der Findung von Lösungen zur Senkung von Treibhausgasemissionen (Mitigation) fort. Während autoritäre Staaten auf einen staatlichen Zentralismus setzen, sollte Deutschland weiter selbstbewusst auf marktwirtschaftliche und dezentrale Lösungsansätze bauen.

Es ergeben sich darüber hinaus aber auch Gestaltungspotenziale: Deutschland und die EU genießen ein international hohes Ansehen im Bereich der „klassischen“ Klimapolitik und Entwicklungszusammenarbeit. Selbst wenn Deutschland und die EU bei den eigenen Fortschritten im Bereich des Klimaschutzes bislang hinter den eigenen Zielsetzungen zurückgeblieben sind, so verfügen sie über die grundsätzliche Fähigkeit, eigene Fehler der Vergangenheit glaubwürdig zu reflektieren.

Glaubwürdige Reflektion der Fehler im Bereich des Klimaschutzes kann beschleunigende Wirkung erzeugen.

Trotz zunehmender internationaler Systemkonkurrenz und geoökonomischer Auseinandersetzungen gibt es mit der Agenda 2030 der Vereinten Nationen zentrale Grundpfeiler für ein gemeinsames Handeln innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft. Klimaaußenpolitik hat unter Umständen auch das Potenzial als Brücke zu Staaten zu dienen, mit denen sich die Zusammenarbeit in anderen Politikbereichen zunehmend schwieriger gestaltet. Selbst China scheint bei der Herausforderung Klimawandel in begrenztem Umfang um punktuelle Kooperation bemüht.

Um solche Potenziale künftig auszuschöpfen, muss sich Deutschland, zusammen mit der Europäischen Union, anhand eigener Stärken und eigener strategischer Interessen orientieren und daraus klare Linien für die Zusammenarbeit ableiten.

## Klimaaußenpolitik strategisch gestalten

Eine aktive Positionierung erfordert, die eigenen Fähigkeiten und Stärken gezielt entlang von Interessen einzusetzen. Das heißt auch, offen über eigene Interessen zu sprechen.

Auf nationaler Ebene und auf Ebene der Europäischen Union bedeutet das vorrangig:

- › Energie- und Versorgungssicherheit für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Volkswirtschaften der Europäischen Union garantieren
- › Zentraler gestaltungsfähiger Akteur im internationalen Systemwettbewerb sein und im Rahmen der internationalen Klimazusammenarbeit, attraktive und anschlussfähige Angebote für internationale Partner entwickeln
- › Bilaterale Beziehungen zu Partnerländern stärken und neue Partner mittels klimaaußenpolitischer Initiativen gewinnen
- › Europäische Technologie- und Innovationsfähigkeit auch in Zukunft, insbesondere durch ein aktives Auftreten im Bereich der technischen Standardisierung, sicherstellen.

Auf globaler Ebene ergeben sich folgende Interessen:

- › Folgen des Klimawandels bekämpfen und sicherheitsrelevante Auswirkungen querschnittlich adressieren (zum Beispiel Kampf um Ressourcen, klimabedingte Migration)
- › Allianzen und Partnerschaften im Umgang mit dem menschengemachten Klimawandel weiterentwickeln
- › Anreize zur Mobilisierung von privaten Akteuren und privatem Kapital für den aktiven Umgang mit den Folgen des Klimawandels, auch in Entwicklungs- und Schwellenländern, schaffen.

Die beschriebene Werte- und Interessengrundlage erfordert im internationalen Systemwettbewerb ein hohes Maß an Robustheit und Kompatibilität. Dies bedeutet, die deutsche und europäische Klimaaußenpolitik sollten so gestaltet werden, dass sie prinzipiell multilateral anschlussfähig sind. Zugleich muss sie jedoch durch entsprechende Steuerungsfähigkeit so aufgestellt sein, dass sie auch in Krisen einen positiven Unterschied macht. Es drängen sich hierbei mehrere Hebel auf, deren Einsatz in Erwägung gezogen werden könnte.

## Prioritäten einer robusten Klimaaußenpolitik

### 1. Selbstbewusste Kommunikation auf Augenhöhe

Ein wesentlicher Faktor für ein strategischeres und proaktiveres Auftreten Deutschlands und der Europäischen Union in der Klimaaußenpolitik liegt in der Kommunikation mit Partnerländern im bilateralen sowie im multilateralen Kontext.

Inhaltlich ist hierfür entscheidend, sowohl selbstbewusst die gegenwärtige deutsche Klimapolitik als auch die auf EU-Ebene (unter anderem die ambitionierte Umsetzung des Green Deals) zu kommunizieren, dabei jedoch nicht belehrend zu wirken, sondern vielmehr auf konkrete Probleme sowie Potenziale von Drittstaaten einzugehen. Deutschland kann von anderen Ländern lernen, die beispielsweise mit Zielsetzungen zum Anteil Erneuerbarer Energien weiter sind. In anderen Fällen sollte ebenso offen über Defizite im deutschen und europäischen Ansatz sowie auf internationaler Ebene gesprochen werden. Partnerspezifische Ansätze sind zentral; ein *one size fits all* für klimaaußenpolitische Kommunikation und bilaterale Dialoge verspricht keinen Erfolg.

Institutionell ist die Schaffung des Amtes der Sonderbeauftragten für internationale Klimapolitik ein Versuch, die Kohärenz des klimaaußenpolitischen Auftretens und der Kommunikation zu stärken sowie dem Themenfeld innerhalb der deutschen Außenpolitik mehr Gewicht zu verleihen. Darüber hinaus stellt beispielsweise die europäische Zusammenarbeit in Drittstaaten durch das vom Europäischen Auswärtigen Dienst geleitete Green Diplomacy Network sowie ebensolcher lokaler Netzwerke ein wichtiges Instrument dar und kann zugleich als Multiplikator für deutsche Prioritäten im Bereich des Klimaschutzes wirken. Deutschland könnte zudem nach dänischem Vorbild der Green Frontline Missions<sup>1</sup> über ein Upgrade des Status ausgewählter Auslandsvertretungen nachdenken, an denen vor Ort mit bestimmten Partnerländern auf Anpassungs- und Mitigationsherausforderungen fokussiert und mit lokaler Expertise gearbeitet werden kann.

Eine weitere institutionelle Neuerung zu Beginn der 20. Wahlperiode des Deutschen Bundestages stellt die Einsetzung des neuen Unterausschusses Internationale Klima- und Energiepolitik dar. Die Entwicklung verdeutlicht, dass Klimapolitik als integraler Bestandteil

von Außen- und Sicherheitspolitik im Parlament angekommen ist. Mit dem Unterausschuss wurde ein Forum geschaffen, in dem eine kontinuierliche Diskussion über Klimaaußenpolitik fraktionsübergreifend stattfindet. Zeitlich wird die Expertise der Parlamentarierinnen und Parlamentarier durch Beiträge von externen Gästen sowie Expertinnen und Experten verstärkt. Die Arbeit des Unterausschusses entfaltet durch die Kommunikation der beteiligten Abgeordneten und die mediale Aufbereitung dieser Debatten auch innenpolitische Wirkkraft und hat das Potenzial, die Präsenz des Themas im gesellschaftlichen Diskurs Deutschlands zu verstärken.

## 2. Potenziale für ressortübergreifende Zusammenarbeit in strategischen bilateralen Klima- und Energiepartnerschaften besser nutzen

Die Aufgabe der neuen Sonderbeauftragten für internationale Klimapolitik im Auswärtigen Amt, Jennifer Morgan, dürfte und sollte insbesondere darin liegen, eine ressortübergreifende Klimaaußenpolitik zu entwickeln, die angesichts begrenzter finanzieller und personeller Ressourcen weg vom Konkurrenzdenken und Kompetenzgerangel unter den Häusern, hin zu einem integrierten Vorgehen in den Partnerländern führt. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat die Zusammenarbeit mit Partnerländern im Kernthema Klima und Energie mit dem Ziel einer Just Transition – also einem sozial gerechten, ökonomisch machbaren und ökologischen Übergang zu einer Green Economy – im Rahmen des Strategieprozesses BMZ 2030 zu einer der Prioritäten in der bilateralen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit erklärt.<sup>2</sup> Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) hatte die nun ins Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) umgezogene Internationale Klimaschutzinitiative begründet (und ist auch weiterhin an deren Ausgestaltung beteiligt), über welche zahlreiche bilaterale und multilaterale Vorhaben zur Minderung von Treibhausgasemissionen sowie zur Entwicklung einer klimaresilienten Wirtschaft unterstützt werden. Das BMWK unterhält bereits mit mehr als 20 Ländern Energiepartnerschaften, um die globale Energiewende zu befördern.<sup>3</sup>

Vor diesem Hintergrund sollte der noch in den Kinderschuhen steckende Ansatz von ressortübergreifenden bilateralen strategischen Klima- und Energiepartnerschaften mit Nachdruck ausgebaut und regelmäßig an neue Entwicklungen angepasst werden. Schwellen- und Entwicklungsländer verursachen heute rund zwei Drittel der globalen Emissionen.<sup>4</sup> Die rasante wirtschaftliche Entwicklung vieler Regionen bringt einen exponentiell steigenden Bedarf an Energie mit sich. So wichtig nationale Klimaschutzmaßnahmen in Deutschland und anderen Industrienationen auch sind – das zentrale Einsparpotenzial für Emissionen weltweit liegt darin, den Schwellen- und Entwicklungsländern eine wirtschaftliche Entwicklung mit sauberer Energie zu ermöglichen. So stoßen zum Beispiel die 18 Kohlekraftwerke des Westbalkans zweieinhalb Mal so viel umweltschädliches Schwefeldioxid (SO<sub>2</sub>) aus wie alle 221 Kohlekraftwerke der EU zusammen.<sup>5</sup> Deshalb sollten nicht nur große Länder und Emittenten in den Blick genommen werden. Das Instrument der strategischen Klima- und Energiepartnerschaften – unterlegt mit entsprechenden Mittelansätzen in allen relevanten Bundesressorts – muss vielmehr zu einem integralen Bestandteil der deutschen Klimaaußenpolitik weiterentwickelt werden. Denn neben der Frage des ökologischen Fußabdrucks steht nicht zuletzt seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine auch die Frage nach der Energieversorgungssicherheit im Raum. Damit gewinnt die schnelle Umsetzung einer Just Transition in Deutschland selbst wie auch in Partnerländern eine strategische und geopolitische Dimension.

Partnerschaftliche  
Strukturen und  
Instrumente als Ein-  
sparpotenziale nutzen

Die ressortübergreifende Koordinierung kann als ein erster wichtiger Schritt angesehen werden. Ergänzend dazu bedarf es auch einer Bündelung der Anstrengungen in Europa. Der vor zwei Jahren entwickelte Team-Europe-Gedanke soll durch das Flaggschiff der Team Europe Initiatives (TEI)<sup>6</sup> in den Partnerländern zu konkretem Leben erweckt werden. Bereits laufende

und geplante bilaterale Vorhaben der EU-Mitgliedstaaten werden kommunikativ zu einem gemeinsamen Ansatz gebündelt mit dem Ziel, langfristig zu einer gemeinsamen Strategiebildung inklusive einem Joint Programming zu kommen. Entscheidend für die erfolgreiche Ausgestaltung dieser Initiativen ist es, die Koordination effizient zu gestalten und den Mehrwert europäischer Abstimmung – im Sinne des strategischen, arbeitsteiligen Projektdesigns – zu sichern. Ein EU-weiter Ansatz ist hier unverzichtbar, wenn Europa im Wettbewerb mit China eine Chance haben will. Denn die EU und ihre Mitgliedstaaten können attraktive Gegenangebote zu den chinesischen Investitionsvorhaben machen – mit ihrer von demokratischen Prinzipien getragenen Unterstützung, die sich auf Augenhöhe bewegt, Sozial- und Umweltstandards berücksichtigt, Menschenrechte und Gute Regierungsführung zur Prämisse hat und an einer nachhaltigen Entwicklung des Partnerlandes statt an einseitigen Abhängigkeiten und reinem Profit interessiert ist. Eine wichtige Rolle spielt hierbei auch die proaktive Kommunikation gegenüber den Partnerländern, um die Vorzüge dieses Modells zu verdeutlichen. Dabei soll auch unbedingt eine zeitnahe Umsetzung derartiger Vorhaben im Blick behalten werden – schwerfällige, hochbürokratische und ineffiziente Prozesse haben deutschen und EU-Kooperationen weltweit bereits Imageschäden zugefügt und werden zu einem Nachteil im Wettbewerb mit China.

### 3. Klimafinanzierung effektiv(er) gestalten

Zur Minderung der Treibhausgasemissionen sowie zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels ist die Frage der Finanzierung und der zielgerichtete Einsatz der Mittel von entscheidender Bedeutung. Bereits bei der UN-Klimakonferenz 2009 in Kopenhagen haben sich die Industrieländer zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar zum Klimaschutz zur Verfügung zu stellen. Dieses Ziel bleibt bis heute unerreicht – 2021, zur UN-Klimakonferenz in Glasgow (COP26), lag man bei circa 80 Milliarden US-Dollar.<sup>7</sup> Um ihre Glaubwürdigkeit im Systemwettbewerb zu erhöhen, tun Deutschland und die EU weiter gut daran, entschieden ihren Beitrag zum Erreichen der 100 Milliarden US-Dollar zu steigern.

Außerdem stellt sich im Zeitalter des Systemwettbewerbs auch die Frage des Einsatzes der zur Verfügung gestellten Mittel. Damit Deutschland und die EU im Bereich der nachhaltigen und großvolumigen Infrastrukturfinanzierung attraktive Alternativen zur chinesischen Belt and Road Initiative anbieten können, müssen sie ihre eigene bislang zurückhaltende Position weiterentwickeln, indem sie durch Verbundfinanzierungen der Europäischen Investitionsbank (EIB) und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) mit nationalen Förder- und Entwicklungsbanken entsprechende Finanzvolumina mobilisieren. Die Global-Gateway-Initiative<sup>8</sup> der EU stellt hier einen wichtigen ersten Schritt dar.

Bei der Wahl des konkreten Instrumentariums sollte sich die Bundesregierung künftig noch stärker marktwirtschaftlichen Ansätzen der Entwicklungs- und Finanziellen Zusammenarbeit zuwenden. Sie fördern Eigenverantwortung (Ownership) der Partnerländer und damit eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Besonders geeignet kann in diesem Zusammenhang das Instrument des Policy Based Lendings (PBLs)<sup>9</sup> sein. Die Mittelausschüttung an Partner wird dabei von der Umsetzung einer gemeinsam erarbeiteten Politikmatrix abhängig gemacht, beispielsweise von der Umsetzung einer nationalen Energiewende. PBLs können damit als Instrument für fortgeschrittene Partnerstaaten mit etablierter staatlicher Institutionenlandschaft (zum Beispiel in der europäischen Nachbarschaft, aber auch in Schwellenländern in Lateinamerika) dienen, um die Zusammenarbeit noch inklusiver zu gestalten. Durch die Verknüpfung der Governance-Aspekte von PBLs (zum Beispiel Verpflichtung zur Schaffung der notwendigen politischen Rahmenbedingungen für die Energiewende) mit der Finanzierung von dazu passenden Infrastrukturvorhaben (zum Beispiel Bau von Solar- oder Windparks) können sich große Hebelpotenziale ergeben. Dies gilt vor allem bei Kooperationsfinanzierungen zwischen EU und nationalen Förderbanken.

Marktwirtschaftliche Ansätze der Entwicklungs- und Finanziellen Zusammenarbeit werden bisher noch nicht hinreichend genutzt.

Der Charakter dieser Finanzierungsart setzt jedoch voraus, dass der Bund bei verstärktem Einsatz in der Zukunft auch seinen Gewährleistungsrahmen entsprechend erweitern muss, da die Förderkredite zwar rein aus Marktmitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zur Verfügung gestellt werden, die Absicherung der Kredite gegen einen potenziellen Zahlungsausfall des Partnerlandes bislang jedoch durch den Bund geschehen muss. Eine Bürgschaft der EU für bilaterale PBLs von Mitgliedstaaten an Partnerländer der EZ würde neue Handlungsräume eröffnen. Derzeit hat jedoch die EIB ein Monopol auf EU-Bürgschaften für Kredite an Partnerstaaten im Rahmen des neuen Instruments European Fund for Sustainable Development Plus (EFSD+).<sup>10</sup> Es besteht also ein Missverhältnis: Während die EU auf der einen Seite die teilweise Aufgabe nationaler Souveränität in der EZ zugunsten des Joint Programming in den Team Europe Initiatives (TEI) erwartet, ist sie auf der anderen Seite nicht bereit, Monopolstellungen ihrer eigenen Institutionen (hier der EIB) aufzugeben. Wenn eine vertiefte Zusammenarbeit in der EU in der Klimaaußenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit ein gemeinsames Ziel ist, um den Partnerländern eine echte Alternative zu China anzubieten, müssen sich sowohl EU-Mitgliedstaaten wie auch die EU-Institutionen selbst deutlich aufeinander zu bewegen.

#### 4. Allianzen und das Potenzial multilateraler Gipfel nutzen

Auf multilateraler Ebene liegt ein wichtiges Potenzial für Klimaaußenpolitik darin, Allianzen zur Erreichung ambitionierter Ziele zu bilden sowie auf multilateralen Gipfeln nicht nur Ziele für Klimaschutz und Klimaanpassungsmaßnahmen zu formulieren, sondern sich auch aktiv für deren Umsetzung einzusetzen.

Zum einen geht es darum, multilaterale Formate für Klimaprioritäten zu nutzen. Die deutsche G7-Präsidentschaft sollte sich dafür einsetzen, dass das Thema Klimaschutz trotz anderer globaler Krisen nicht in den Hintergrund gerät. Es ist zentral, das Momentum für ambitionierte Klimaziele aufrecht zu erhalten und auch auf höchster politischer Ebene zu thematisieren. Vergangene Beschlüsse, wie die G7 Industrial Decarbonisation Agenda<sup>11</sup>, zeigen beispielsweise die Innovationskraft ebensolcher Initiativen im Bereich der Technologie und Marktentwicklung. Das Treffen der Klima-, Umwelt-, und Energieminister in Berlin vom 26. bis 27. Mai 2022 mitsamt des ausführlichen Abschluss-Communiqués<sup>12</sup> war dazu ein hilfreicher Schritt. Beim G7-Gipfel auf Schloss Elmau Ende Juni 2022 wurde der Klimaschutz ebenfalls thematisiert, inklusive einer Erklärung der G7 zur Gründung eines Klimaclubs mit dem Ziel der „wirksamen Umsetzung des Übereinkommens von Paris durch eine Beschleunigung von Klimaschutzmaßnahmen und ambitioniertere Zielsetzung mit besonderem Schwerpunkt auf der Industrie“<sup>13</sup>.

Dabei scheint vor dem Hintergrund des Systemwettbewerbs eines wichtig: Der Eindruck eines exklusiven Clubs oder „Club der reichen Staaten“<sup>14</sup>, vorwiegend westlicher, industrialisierter Staaten, der Entscheidungen für den Rest der Welt trifft, sollte unbedingt vermieden werden. Zwar sind die G7 ebenfalls entscheidende Akteure im Klimaschutz, doch bedeutet mangelnde Inklusion nicht westlicher Partnerländer in Entscheidungsprozesse zur zukünftigen Klimapolitik eine Gefahr für den Erfolg ebendieser. Vor dem Hintergrund der Dringlichkeit *globaler* Klimaschutz-Ambitionen sollte daher gelten, nicht auf exklusive Clubs, sondern auf Brücken zwischen Schwellen-, Entwicklungs- und Industrieländern im Systemwettbewerb zu setzen. Instrumente dafür können strukturierte Dialoge mit anderen multilateralen Foren sein, wie beispielsweise den G20, Regionalorganisationen wie ASEAN oder der Afrikanischen Union oder auch Gruppierungen wie den Small Island Developing States (SIDS) oder den Vulnerablen 20 (V20), einem 2015 gegründeten Zusammenschluss besonders „klimavulnerabler“ Länder (Philippinen, Barbados et cetera).<sup>15</sup>

Erscheinungen des  
systemischen Wettbe-  
werbs durch multila-  
terale Dialogformate  
kompensieren

Überdies ist die gezielte Vorbereitung auf die „klassischen“ multilateralen Verhandlungen der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) unerlässlich und maßgeblich für das Gelingen. Bei den diesjährigen Verhandlungen auf der Conference of the Parties (COP27) im November 2022 in Ägypten, werden unter anderem die Themen Anpassung und Klimafinanzierung eine zentrale Rolle spielen. Deutschland und die EU sollten mit der Zielsetzung zu Werke gehen, als *glaubwürdiger* Akteur mit Vorreiterrolle bei den Verhandlungen wahrgenommen zu werden. Dabei spielen zwei Faktoren eine zentrale Rolle:

Einerseits die erfolgreiche Umsetzung der gesetzten Ziele (Emissionsreduktion, Klimafinanzierung et cetera). Diese findet auf innenpolitischer beziehungsweise innereuropäischer Ebene statt und betrifft unter anderem die Umsetzung des Europäischen Green Deals. Insofern betrifft dies nur indirekt die Gestaltung der *Klimaaußenpolitik*, doch bildet sie die zentrale Grundlage für Europas Außenwahrnehmung.

Andererseits die Notwendigkeit, bereits vor der Konferenz Entschlossenheit zu signalisieren. Es geht darum, mit Partnerländern in den Dialog zu treten. Das dichte weltweite Netz der diplomatischen Vertretungen insbesondere Deutschlands und der EU sollte aktiv zu diesem Zweck genutzt werden. Neben hochrangigen Besuchen von Ministerinnen und Ministern und/oder EU-Kommissarinnen und -Kommissaren sollten auch in diesem Jahr wieder gezielte Klimadiplomatie-Demarchen sowie Klimadiplomatie-Aktionswochen vor der COP durchgeführt werden, um europäisches Engagement zu verdeutlichen. Zusammen mit den EU-Delegationen sollten sich deutsche Botschaften aktiv für die Umsetzung solcher klimaaußenpolitischen Aktivitäten in Drittstaaten einsetzen.

### **Integrierte Klimaaußenpolitik: Eine Priorität der Zukunft**

Mit der Ära der internationalen Systemkonkurrenz wird auch das Feld der internationalen Klimapolitik zunehmend zum Gegenstand der außen- und sicherheitspolitischen Auseinandersetzung. Deutschland und die EU müssen daher noch stärker als bislang Strategien erarbeiten, die auf ihren eigenen Stärken und Interessen, und damit auf ihren systemischen Wettbewerbsvorteilen, aufbauen. Diese liegen vor allem im Bereich der sozialen Marktwirtschaft, der Verlässlichkeit von Demokratien, aber auch gewachsenen klimapolitischen Steuerungsstrukturen in Deutschland und der EU.

Mit offener wie selbstbewusster Kommunikation, vor allem aber mit gestärkter Koordination innerhalb der einzelnen Ressorts sowie der EU und ihrer Mitgliedstaaten, kann es gelingen, Klimaaußenpolitik erfolgreich in ihren Zielen, aber auch robust und steuerungsfähig im internationalen Systemwettbewerb zu gestalten.

- 1 Denmark at COP26 (2019). *Climate diplomacy*. <https://denmark.dk/cop-26-english/subpage-4> (letzter Aufruf: 13.9.2022).
- 2 BMZ-Kernthemenstrategie (2021). *Verantwortung für unseren Planeten – Klima und Energie* <https://www.bmz.de/resource/blob/93596/168173807e0c44aeec2b6d7dbc31774c/bmz-kernthemenstrategie-klima-energie-data.pdf> (letzter Aufruf: 13.9.2022).
- 3 BMWK (2020). *Jahresbericht Energiepartnerschaften und Energiedialoge 2020*. <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Energie/internationale-energiepolitik-2.html> (letzter Aufruf: 13.9.2022)
- 4 BMZ (o.J.). *Klimawandel und Entwicklung*. <https://www.bmz.de/de/entwicklungspolitik/klimawandel-und-entwicklung> (letzter Aufruf: 13.9.2022).
- 5 Kira Taylor (2021). *Westliche Balkanstaaten müssen tödliche Luftverschmutzung durch Kohle bekämpfen*. Eurativ.de vom 8.11.2021. <https://www.euractiv.de/section/energie-und-umwelt/news/westliche-balkanstaaten-muessen-toedliche-luftverschmutzung-durch-kohle-bekaempfen/> (letzter Aufruf: 13.9.2022).
- 6 EU (o.J.). *Working Better Together as Team Europe*. <https://europa.eu/capacity4dev/wbt-team-europe> (letzter Aufruf: 13.9.2022).
- 7 Volker Angres (2021). *Der 100-Milliarden-Dollar-Deal*. ZDF.de vom 3.11.2021. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/klima-cop26-entwicklungslaender-umweltschutz-100.html> (letzter Aufruf: 13.9.2022); OECD (2021). *Statement by the OECD Secretary-General on future levels of climate finance*. OECD.org vom 25.10.2021. <https://www.oecd.org/newsroom/statement-by-the-oecd-secretary-general-on-future-levels-of-climate-finance.htm> (letzter Aufruf: 13.9.2022).
- 8 Europäische Kommission (o.J.). *Global Gateway*. Europa.eu. [https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/stronger-europe-world/global-gateway\\_de](https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/stronger-europe-world/global-gateway_de) (letzter Aufruf: 13.9.2022).
- 9 KfW Entwicklungsbank. *Was ist „Policy Based Landing“*. KfW-entwicklungsbank.de. [https://www.kfw-entwicklungsbank.de/PDF/Download-Center/Materialien/2018\\_Nr.2\\_Policy-Based-Landing\\_DE.pdf](https://www.kfw-entwicklungsbank.de/PDF/Download-Center/Materialien/2018_Nr.2_Policy-Based-Landing_DE.pdf) (letzter Aufruf: 13.9.2022).
- 10 Europäische Kommission (2022). *European Commission and EIB sign an Agreement to enable further investments worldwide*. Europa.eu vom 10.5.2022. [https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/news/european-commission-and-eib-sign-agreement-enable-further-investments-worldwide-2022-05-10\\_en](https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/news/european-commission-and-eib-sign-agreement-enable-further-investments-worldwide-2022-05-10_en) (letzter Aufruf: 13.9.2022).
- 11 2021 UK G7 Presidency (2021). *G7 Industrial Decarbonisation Agenda (IDA)*. [https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment\\_data/file/996388/EPD3\\_G7\\_Industrial\\_Decarbonisation\\_Agenda.pdf](https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/996388/EPD3_G7_Industrial_Decarbonisation_Agenda.pdf) (letzter Aufruf: 13.9.2022).
- 12 G7 Germany 2022. *G7 Climate, Energy and Environment Ministers' Communiqué*. G7germany.de vom 27.5.2022. <https://www.g7germany.de/resource/blob/974430/2044350/84e380088170c69e6b6ad45dbd133ef8/2022-05-27-1-climate-ministers-communicue-data.pdf?download=1> (letzter Aufruf: 13.9.2022).
- 13 G7 Germany 2022. *G7 Erklärung zum Klimaklub* vom 28.6.2022. <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/2057898/17914a4ac1df981dde525263a09b4f8e/2022-06-28-klimaklub-data.pdf?download=1> (letzter Aufruf: 13.9.2022).
- 14 Susanne Dröge, Marian Feist (2022). *Der G7-Gipfel. Schub für die internationale Klimakooperation?* Swp-berlin.org vom 6.5.2022. <https://www.swp-berlin.org/en/publication/der-g7-gipfel-schub-fuer-die-internationale-klimakooperation> (letzter Aufruf: 13.9.2022).
- 15 Sustainable Development Knowledge Platform (o.J.). *Sustainabledevelopment.un.org*. <https://sustainabledevelopment.un.org/topics/sids/list>, <https://www.v-20.org/members>, <https://www.adelphi.de/en/system/files/mediathek/bilder/The%20Vulnerable%20Twenty%20E2%80%93%20From%20Climate%20Risks%20to%20Adaptation%20-%20adelphi.pdf> (letzter Aufruf: 13.9.2022).

## Impressum

### Die Autoren

Jan Fuhrmann ist Mitglied im Arbeitskreis Junge Außenpolitiker. Er arbeitet als Security and Risk Consultant bei Secori Advisors.

Franziska Petri ist Mitglied im Arbeitskreis Junge Außenpolitiker. Sie ist Doktorandin für Internationale und Europäische Politik am Leuven International and European Studies Institut der KU Leuven.

Katharina Scheuerer ist Mitglied im Arbeitskreis Junge Außenpolitiker. Sie ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin von Thomas Erndl, MdB.

### Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

#### Ferdinand Alexander Gehringer

Cybersicherheit  
Analyse und Beratung  
T +49 30 / 26 996-3460  
[ferdinand.gehringer@kas.de](mailto:ferdinand.gehringer@kas.de)

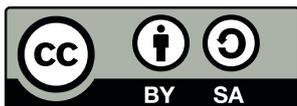
Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2022, Berlin  
Gestaltung: yellow too, Pasiek Horntrich GbR  
Satz: Janine Höhle, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-98574-102-1



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

Bildvermerk Titelseite  
© nirutft, stock.adobe.com